

UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union

Z 6796 C

BONN · 5. AUGUST 1965

NR. 31 · 19. JAHRGANG

Eindrucksvolle Sozialbilanz

Taten statt Worte – Bundesrepublik Spitzenreiter in sozialen Leistungen

Der Ausbau der Bundesrepublik zum modernen Sozialstaat ist in der vierten Legislaturperiode des Bundestages entschieden vorangetrieben worden. In diesem Wahljahr können die Bundesregierung und die Union eine stolze sozialpolitische Leistungsbilanz vorweisen, die bei der Entscheidung am 19. September ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Die Bundesrepublik ist heute internationaler Spitzenreiter auf dem Felde der sozialen Investitionen. Dies wird von der freien Welt neidlos anerkannt. Das Ergebnis einer nüchternen Bestandsaufnahme der sozialpolitischen Leistungen steht im deutlichen Kontrast zu den sozialpolitischen Phrasen der parlamentarischen Opposition, die auch auf diesem Bereich deutscher Innenpolitik geflissentlich über die Tatsachen hinwegsieht.

Schon der Blick auf die Entwicklung der Sozialausgaben im Bundeshaushalt illustriert die Dimensionen des sozialen Aufbaus im Nachkriegsdeutschland. Während 1950 5,3 Milliarden DM Bundesmittel für Sozialinvestitionen zur Verfügung gestellt wurden, weist der Bundeshaushalt 1965 fast 20 Milliarden DM aus. Die öffentlichen Sozialaufwendungen sind in den letzten anderthalb Jahrzehnten stärker gestiegen als das Volkseinkommen in der Bundesrepublik, denn allein von 1950 bis 1964 betrug die Zuwachsrate bei den Sozialleistungen 330 Prozent gegenüber einer Steigerung des Volkseinkommens von 305 Prozent. Diese Zahlen widerlegen zugleich die sozialistische Legende, daß die sozialpolitischen Leistungen der Bundesrepublik mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Wohlstand nicht Schritt gehalten hätten. Freilich zeigt diese eindrucksvolle Steigerung sozialer Investitionen, daß erst unsere erfolgreiche Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen für diese enormen Zuwachsraten schuf. Die Sozialdemokraten erinnern sich allerdings an diese volkswirtschaftlichen Zusammenhänge nur ungern, denn ihr hartes uneinsichtiges „Nein“ begleitete gerade die Phasen deutscher Nachkriegspolitik, als die Fundamente für diesen wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau gelegt wurden. Fast ein Drittel der Ausgaben des Bundes entfallen schließlich im laufenden Haushaltsjahr auf soziale Aufwendungen.

Nach der jüngsten Statistik des Internationalen Arbeitsamtes in Genf hat die Bundesrepublik im internationalen Vergleich eine eindrucksvolle Spitzenstellung erreicht. Mehr als ein Siebtel des Bruttosozialproduktes werden

bei uns für soziale Investitionen aufgebracht, wobei die Bundesrepublik mit deutlichem Abstand diese internationale Tabelle anführt. Angemerkt sei an dieser Stelle, daß das von der SPD vielgepriesene sozialistische Schlaraffenland Schweden erst den achten Rang dieses Zahlenvergleichs einnimmt.

Zu den Schwerpunkten christlich demokratischer Sozialpolitik zählt die Förde-

rung der Familie, die das Fundament jeder gesunden Gesellschaft ist. Gerade deshalb gehören die entscheidenden Fortschritte im Familienlastenausgleich zu den herausragenden Aktivposten der Sozialbilanz des letzten Bundestages. Das Bundeskindergeldgesetz, das im Jahre 1964 in Kraft trat, brachte wesentliche Verbesserungen der Kindergeldzahlungen, die überdies ab 1. Juli vergangenen Jahres allein vom Bund aufgebracht werden. Erhöht wurden die Leistungen für das dritte Kind von 40 auf 50 DM, für das vierte Kind von 40 auf 60 DM, für das fünfte Kind und die weiteren Kinder von 40 auf 70 DM. Schließlich verabschiedete der Bundestag am 10. Februar 1965 eine erste Novelle zum Bundeskindergeldgesetz, die die Familienausgleichsleistungen erneut erheblich emporschnellen lassen.

Erhöht wurde die Einkommensgrenze für das Zweitkindergeld, das künftig außerdem — unabhängig vom Einkom-

Fortsetzung Seite 2

Die Finanzanarchie der SPD

Haushaltspolitik der Bundesregierung sichert Stabilität

Die Finanzpolitik der Bundesregierung wird entgegen aller Schwarzmalerei der SPD auch 1965 zu einem ausgeglichenen Haushalt führen. Es muß als böswillig bezeichnet werden, wenn die SPD der Bundesregierung Finanzanarchie und Mißwirtschaft vorwirft und zugleich Ausgabenforderungen stellt, die den Haushalt völlig zerrütten würden.

Zu der zwiespältigen Haltung der SPD in finanzpolitischen Fragen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärt:

Die SPD behauptet: Sie setze sich mit aller Kraft für die Stabilisierung der Währung ein. Ein Beweis dafür sei, daß die Anträge der SPD für den Bundeshaushalt lediglich 28 Millionen DM gekostet hätten und daß sie eigene Anträge zurückgezogen habe.

Hierzu ist zu sagen: Anträge auf Mehrausgaben brauchte die SPD nicht zu stellen, denn zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1965 im Februar dieses Jahres standen noch

SPD-Anträge in Höhe von 5 bis 6 Milliarden DM zur Behandlung an. Diese Anträge gingen über die Vorschläge der Regierung und der CDU/CSU-Fraktion weit hinaus. Die von der SPD zurückgezogenen Anträge in Höhe von 1,6 Milliarden DM sind dabei berücksichtigt. Heute wird bereits von 2,6 Milliarden gesprochen, obwohl kein weiterer Antrag hinzugekommen ist. Es ist kaum anzunehmen, daß diese SPD-Anträge endgültig verschwunden sind, denn sie gehören zum Kernstück ihrer Finanzpolitik. Die Maßnahme dürfte sicher nur taktischer Natur sein, um behaupten zu können,

Fortsetzung Seite 4

Eindrucksvolle Sozialbilanz

Fortsetzung von Seite 1

men — an alle Familien mit drei und mehr Kindern gezahlt wird. Vorgesehen sind außerdem ab 1. April 1965 Ausbildungsbeihilfen in der monatlichen Höhe von 40 DM für alle Kinder, die das fünfzehnte Lebensjahr vollendet haben und noch Schulen, Hochschulen oder anerkannte Ausbildungsstätten besuchen. Diese besondere Familienhilfe wird nicht nur für Kinder gewährt, für die auch ein Anspruch auf Kindergeld besteht. Bei verwitweten, geschiedenen und ledigen Elternteilen erhält schon das Alleinkind diese Ausbildungsbeihilfe zuerkannt, bei Zwei- und Mehrkinderfamilien hat jedes Kind den Anspruch auf diese Ausbildungsbeihilfe. Allein 990 000 Familien werden künftig diese Ausbildungsbeihilfe beanspruchen können, die sich im Bundeshaushalt jährlich mit fast 500 Millionen DM niederschlagen wird.

Die Kindergeldleistungen stiegen von 446 Millionen DM im Jahre 1955 auf 2,705 Milliarden im Jahre 1965. Allein in der vierten Legislaturperiode haben sich die Kindergeldleistungen mehr als verdoppelt, und die Bundesrepublik hat jetzt auch im internationalen Maßstab einen der vorderen Plätze im Familienlastenausgleich erreicht. Die CDU/CSU kann auf diesen erfreulichen Wandel besonders stolz sein, denn sie hat in den verflossenen Legislaturperioden der Familienpolitik die entscheidenden Impulse gegeben.

Destruktive Kritik der Sozialdemokraten begleitete dagegen auch diese Teilstrecke deutscher Innenpolitik, erinnert sei nur an ihren kurzsichtigen Widerstand gegen das Bundesfamilienministerium.

Beste Rentengesetzgebung

Zu den herausragenden Aktivposten während der vergangenen Legislaturperiode zählt auch die weitere Verbesserung der Alterssicherung der Arbeitnehmer. Vier Rentenanpassungsgesetze ließen auch in der laufenden Legislaturperiode die Rentner an der allgemeinen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung teilhaben. Das Vierte Rentenanpassungsgesetz 1962 brachte eine Erhöhung der Renten um 5,1 Prozent. 1963 wurden die Renten um weitere 6,6 Prozent erhöht. Im Jahre 1964 betrug die Steigerungsquote 8,2 Prozent, und das Siebente Rentenanpassungsgesetz von 1965 brachte die bisher höchste Erhöhung der Renten um insgesamt 9,4 Prozent. Rund 8,4 Millionen Rentner kamen so allein im laufenden Haushaltsjahr zu einer spürbaren Verbesserung ihrer Einkommensbezüge. Der mutige Schritt zur dynamischen Rente, den der Gesetzgeber bereits im Jahre 1957 vollzog, bewährte sich als wichtiger Baustein im sozialstaatlichen Gebäude der Bundesrepublik, wir besitzen heute die modernste Rentengesetzgebung der Welt. So erhöhte sich im Zeitraum von 1950 bis 1964 der Rentenaufwand in der Bundesrepublik um 500 Prozent, die durchschnittliche Versicherungsrente bei den Arbeitern stieg von 60,50 DM auf 198,40 DM, die der Angestellten von 92,20 DM auf 330,90 DM. Rund 25,1 Milliarden DM betragen schließlich im Jahre 1964 die Gesamtleistun-

gen für die Rentenversicherungen. Überdies verabschiedete der Bundestag vor der parlamentarischen Osterpause die Härtenovelle zur gesetzlichen Rentenversicherungen, die das Reformwerk von 1957 in einigen weiteren Punkten wesentlich verbessert. Die Erhöhung von Renten bei Sachbezugsentlohnungen, die Erhöhung der Witwenrenten, die Neubewertung der Zeiten ohne Beitragsleistung und die Erleichterung der Anrechnung von Ersatz-, Ausfall- und Zurechnungszeiten werden in dieser Härtenovelle ebenso geregelt wie die Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze auf 1800 DM monatlicher Gehalts- oder Lohnsumme.

Kriegsopfer besser gestellt

Wesentliche Fortschritte weist die sozialpolitische Bilanz auch auf dem Gebiet der Unfallversicherung auf. Das entsprechende Neuregelungsgesetz trat am 1. Juli 1963 in Kraft. Diese Reform „dynamisierte“ auch die Unfallrenten, die nun ebenfalls mit der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung Schritt halten. In Ausführung dieses Gesetzes wurden übrigens die Unfallrenten am 1. Januar 1965 um 6,1 Prozent erhöht. Wesentlich erhöht wurden auch die Witwenrenten, verbessert wurden die Maßnahmen für die Berufshilfe, und kräftig gestiegen ist die gesetzliche Höchstgrenze für den

Jahresarbeitsverdienst. Zusammen mit einem Bündel anderer Leistungsverbesserungen der gesetzlichen Unfallversicherung hat also diese Reform das Prinzip der Sozialstaatlichkeit auch für diesen Kreis der Arbeitnehmer weitgehend Wirklichkeit werden lassen.

5,2 Milliarden DM betragen im laufenden Haushaltsjahr die Aufwendungen für die Kriegsopferversorgung, in dieser Summe sind die Ausgaben für die Kriegsopferfürsorge nicht eingeschlossen. Entscheidend verbessert wurde die Kriegsopferversorgung durch das Zweite Neuordnungsgesetz, das am 27. Februar 1964 in Kraft trat. Diese Novelle brachte allen Kriegsopfern rückwirkend vom 1. Januar 1964 bedeutsame Leistungsverbesserungen. So stiegen die Grundrenten im Schnitt um mehr als 20 Prozent. Auch der Berufsschadensausgleich wurde durch dieses Gesetz wesentlich verbessert und der Personenkreis für diese gezielte und vordringliche Hilfe wesentlich ausgeweitet. Die bessere soziale Sicherung der Witwen und Waisen fehlt schließlich auch bei dieser Reform nicht, die überdies auch die Ausgleichs- und Elternrenten, die Zulagen für Schwerstbeschädigte, das Bestattungsgeld und die Pauschbeträge für Kleider- und Wäscheverbrauche bedeutend erhöhte. Die jährlichen Mehraufwendungen des Bundes beziffern sich bei dieser Reform der Kriegsopferversorgung auf 1,243 Milliarden DM. 1950 betrug die jährliche Vollrente für einen Unverheirateten in der Kriegsopferversorgung 165 DM, im Jahre 1965 ist sie dagegen auf 480 DM gestiegen.

Ein solides Fundament

Diese imponierenden Leistungen werden noch durch viele weitere Einzelposten abgerundet, die nur knapp skizziert werden können. Dazu gehört die Verbesserung der Altershilfe für Landwirte, die 1963 von 60 DM auf 100 DM für Verheiratete und von 40 auf 65 DM für Unverheiratete erhöht wurde. Eine weitere kräftige Anhebung der Altershilfe für Landwirte hat die Bundesregierung bereits zugesagt, wobei die ursprünglichen Sätze der Altershilfe mehr als verdoppelt werden sollen. Am 1. Januar 1963 trat das Bundesurlaubsgesetz in Kraft, das allen Arbeitnehmern einen gesetzlichen Mindesturlaub garantiert. Danach erhält jeder Arbeitnehmer nach Vollendung des 18. Lebensjahres einen Mindesturlaubsanspruch von 15, nach Vollendung des 25. Lebensjahres von 18 Tagen.

Auch die Verbesserung der beruflichen Fortbildungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer wurden in der laufenden Legislaturperiode von der Bundesregierung kräftig gefördert. Allein 34 450 Arbeitnehmer nutzten vom Juli 1962 bis zum 31. Dezember 1964 die Möglichkeiten des beruflichen Fortbildungsprogrammes der Bundesregierung, für das 60,8 Millionen DM öffentliche Mittel ausgegeben wurden.

Am 12. 2. 1965 verabschiedete der Bundestag das „Gesetz über die Bildung und Verwaltung eines Sondervermögens für berufliche Leistungsförderung in der Wirtschaft“, welches weitere erhebliche Verbesserungen der beruflichen und sozialen Aufstiegsmöglichkeiten der Arbeitnehmer vorsieht. Zu erwähnen

sind aber auch in dieser sozialpolitischen Bestandsaufnahme die Hilfen für den Bergbau, die deutlich machen, daß die Bundesregierung auch zielstrebig sozialpolitische Strukturprobleme der modernen Volkswirtschaft meistert. Auch die weitere Verbesserung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, wie sie u. a. in der Novelle zum „312-DM-Gesetz“ entschieden vorangetrieben wird, wird zur sozialen Erfolgslinie des vierten Bundestages zählen. Schließlich ist auch das neue Wohnbeihilfengesetz, das seit dem 1. April dieses Jahres zur Anwendung kommt, ein Markstein in der sozialpolitischen Entwicklung Deutschlands, der auch auf diesem Gebiet die Bundesrepublik als modernsten Sozialstaat der Welt ausweist.

Solidarische Sicherung und die Fähigkeit und den Willen zur Eigenverantwortung zur glücklichen Synthese zu bringen, ist das erklärte Ziel einer Gesellschaftspolitik aus christlicher Verantwortung. Große Etappen auf diesem Wege konnten in den verflossenen vier Jahren zurückgelegt werden. Eine Gesellschaft von freien und sozial zufriedenen Bürgern gehört auch im kommenden Bundestag zum sozialpolitischen Leitbild der CDU/CSU. Die Leistungen der Vergangenheit und das sozialpolitische Wollen der Zukunft dem Bundesbürger im Wahlkampf zu verdeutlichen, gehört zu den bedeutsamen Aufgaben, die in den kommenden Monaten auszufüllen sind. Die eindrucksvollen Aktivposten der Sozialbilanz 1965 bilden das solide Fundament für diese sozialpolitische Öffentlichkeitsarbeit.

CDU eröffnet den Wahlkampf

Die führenden Unionspolitiker am 8. August in Dortmund

Mit einer Großkundgebung in der Westfalenhalle in Dortmund eröffnet die CDU am 8. August den Bundestagswahlkampf. Die führenden Politiker der Union werden zu den Delegierten sprechen, die aus allen Teilen der Bundesrepublik erwartet werden.

Das CDU-Präsidium hat am 2. August in einer Sitzung in Bonn die Redner für die Kundgebung benannt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht eine Ansprache von Bundeskanzler Prof. Ludwig Erhard. Außerdem werden der Vorsitzende der CDU, Dr. Konrad Adenauer, der Geschäftsführende CDU-Vorsitzende Dufhues, Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Rainer Barzel, und Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel sprechen.

Nach der Dortmunder Kundgebung tritt Bundeskanzler Erhard die erste seiner 19 Regionalreisen an. Ziel der dreitägigen Reise ist Nordwestdeutschland. Zur gleichen Zeit unternimmt der CDU-Vorsitzende Adenauer eine Wahlreise ins Mittelrheingebiet.

Der amerikanische Einsatz in Südvietnam ist nach Ansicht des CDU-Präsidiums ein Symbol der Freiheit und für die Deutschen eine Garantie, daß die

Amerikaner sich auch für die Freiheit Berlins einsetzen. Das Präsidium wies auf die ernste Lage in Südostasien hin. Es sprach sich für eine Unterstützung aller Friedensbemühungen aus, die Südostasien von der kommunistischen Bedrohung freihalten würden.

Das CDU-Präsidium fordert außerdem alle Beteiligten in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf, ihre Bemühungen um die Einigung Europas fortzusetzen. Es müsse alles getan werden, um die Sechser-Gemeinschaft und die großen Erfolge in der Montanunion und der EWG zu erhalten.

Innenpolitisch begrüßte das CDU-Präsidium die Maßnahmen des Bundeskanzlers und der Bundesregierung zur Stärkung des deutschen Steinkohlenbergbaus und zur Erhaltung des Arbeitsplatzes für den Bergmann. Die Bundesregierung wurde gebeten, langfristige Maßnahmen vorzubereiten, um den Steinkohlenbergbau auf die Dauer krisenfest und konkurrenzfähig zu erhalten.

Mehr Geld für Zonenrandgebiete

Bundeswirtschaftsministerium um Hilfe bemüht

Die Entwicklung des Zonenrandgebiets zeigt nach Feststellungen des Bundeswirtschaftsministeriums in vieler Hinsicht einen erfreulichen Aufwärtstrend. Die günstige Wirtschaftsentwicklung der Bundesregierung hat auch das Zonenrandgebiet befruchtet. Auch hier herrscht Vollbeschäftigung.

Dieser Gesamteindruck dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Situation in weiten Teilen dieses Gebietes (das 107 Stadt- und Landkreise in einem etwa 40 km breiten Streifen von Flensburg bis Passau umfaßt) noch unbefriedigend ist. Darum ist das Bundeswirtschaftsministerium um eine angemessene Aufstockung der Mittel für die Zonenrandhilfe im kommenden Jahr bemüht.

Obwohl auch im Zonenrandgebiet jetzt Vollbeschäftigung herrscht (die Zahl der Industriebeschäftigten ist von 1951 bis 1964 um 50 Prozent auf 829 400 gestiegen), ist das Bundeswirtschaftsministerium in Übereinstimmung mit den anderen Bundesressorts und den Landesregierungen der Auffassung, daß in manchen Teilen dieses Gebietes die Ansiedlung

neuer gewerblicher Betriebe dringend notwendig ist.

Dies gilt vor allem für die kleinbäuerlichen Gebiete, wo die Menschen, die infolge der Wandlungen der Agrarstruktur in den nächsten Jahren aus der Landwirtschaft ausscheiden werden, durch einträglichere Arbeitsplätze in ihrer Heimat gehalten werden müssen.

In anderen Teilen des Zonenrandgebiets (das gilt für die mit Industrie bereits gut besetzten Räume) führen die ansässigen Unternehmer, insbesondere die mittelständische Wirtschaft, Klage darüber, daß mit öffentlicher Förderung angesiedelte Filialbetriebe größerer Unternehmen qualifizierte Arbeitskräfte abwerben und damit die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch verschärfen.

Die Bundesregierung glaubt, daß die Landesregierungen am ehesten in der Lage sind, im Einzelfall zu entscheiden, ob die Ansiedlung neuer Industriebetriebe vertretbar oder notwendig ist.

Sie hat deshalb bei der Neuformulierung der Richtlinien des Regionalen Förderungsprogramms für 1965 festgelegt, daß die Landesregierungen überall dort den besonders günstigen Industrie-Ansiedlungskredit vorsehen können, wo sie ihn nach der Situation des Arbeitsmarktes und insbesondere im Hinblick auf die ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen für vertretbar halten.

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

bei der Wahl, die vor uns liegt, geht es um die Zukunft. Die CDU will weiter Schritt für Schritt vorwärts gehen, solide und sicher. Die SPD verspricht das auch, aber die Fülle der Programme und Versprechungen, die in diesen Tagen auf uns niederregnet, läßt den Schluß zu, daß man allen alles, und alles auf einmal verspricht. Die SPD bringt aber nicht die Voraussetzungen mit, die für einen erfolgreichen Weg in die Zukunft notwendig sind.

Es gibt heute eine merkwürdige Mode, in der Politik einen dichten Vorhang vor die Vergangenheit zu ziehen und so zu tun, als gelte für die Entscheidung am 19. September nur das, was heute gesagt und heute versprochen wird. Als sei es geradezu unfein, darüber zu sprechen, was die gleichen Leute, Herr Brandt und die SPD, vor fünf oder vor zehn Jahren gedacht, gesagt und gewollt haben. Aber widerspricht das nicht jeder Lebenserfahrung?

Gilt es nicht für alle Bereiche unseres persönlichen, privaten Lebens, bei einer Entscheidung für die Zukunft zunächst zurückzudenken und zu fragen: Was hat sich bewährt, was hat sich nicht bewährt?

Gilt das nicht bei jeder beruflichen Entscheidung, die wir zu treffen haben, gilt das nicht für jede Personalentscheidung im Betrieb (wozu wären sonst gute Zeugnisse erforderlich!), gilt es nicht für den Einkauf eines bestimmten Produktes, ja gilt das nicht sogar für unseren Umgang mit anderen Menschen?

Überall, wo wir vertrauen sollen, fragen wir doch zuvor: Welche Erfahrungen haben wir gemacht?

Stellen wir uns doch einmal vor, jemand wollte sein Haus aufstocken oder ausbauen lassen. Da gäbe es nun den alten, bewährten Baumeister, der die Fundamente gelegt und den Bau bestimmt hat. Und dann gäbe es da einen anderen, bei dem früher, nach allem, was man hört, kein Plan und keine Berechnung gestimmt haben. Und dieser zweite käme nun und würde behaupten, inzwischen hätte er einen Schnellkurs absolviert, und nun würde er in der halben Zeit ein doppelt so großes und halb so teures Haus hinsetzen, ein wahres Luftschloß. Wem würden wir wohl unser Haus anvertrauen?

Doch wohl ganz sicher dem, der schon früher gezeigt hat, was er kann.

Und ich meine, was für unser persönliches Leben gilt, das sollte erst recht in der Politik gelten, wo es um die Sicherheit eines ganzen Volkes geht.

Ihr Konrad Kraske

Dr. Adenauer-Siedlung

Auf dem früheren Militärflughafen Köln-Ostheim wird die Deutsche Wohnungsgesellschaft eine Siedlung für 11 000 Menschen errichten. Das neue Stadtviertel soll „Dr. Konrad Adenauer-Siedlung“ heißen. Bundeskanzler a. D. Dr. Adenauer hat sich mit der Namensgebung „als Ausdruck seiner Verbundenheit mit der Stadt Köln“ einverstanden erklärt.

Die Finanzanarchie der SPD

Fortsetzung von Seite 1

man sei stabilitätsbewußter als die Bundesregierung. Aber das ist noch nicht alles. Allein zur 18. LAG-Novelle sind im Zuge der Beratungen von seiten der SPD Anträge mit einer Gesamtbelastung von 21 Milliarden DM gestellt worden.

Mit ihren Manipulationen kann die SPD die Tatsache nicht verschleiern, daß sie auch während dieser Legislaturperiode weit mehr ausgeben wollte als Bundesregierung und CDU/CSU-Fraktion. Es ist nicht unbeachtet geblieben, daß die SPD keinen einzigen ins Gewicht fallenden Kürzungsvorschlag gemacht hat. Auch in den Verbänden, in denen an maßgebender Stelle SPD-Leute sitzen, hätte sie — wenn sie wirklich wollte — die Möglichkeit gehabt, sich für die Stabilität einzusetzen. Hierüber ist ebenfalls nichts bekannt.

Die SPD behauptet: Der Bundeshaushalt 1966 werde ein Defizit von 6,5 Milliarden DM aufweisen.

Hierzu ist zu sagen: Bisher hat noch jeder Bundeshaushalt in dieser Legislaturperiode den vom Grundgesetz vorgeschriebenen Ausgleich gefunden. Der Haushalt 1964 wird bei einem Volumen von 60,3 Milliarden DM einen Fehlbetrag von nur 32 Millionen DM aufweisen. Das ist angesichts der gewaltigen Finanzmasse ein ausgezeichnetes Ergebnis. Nach den jüngsten Beschlüssen der Bundesregierung bestehen keine Zweifel daran, daß auch der Bundeshaushalt 1965 ausgeglichen wird. Herr Möller und die SPD können beruhigt sein, auch der Bundeshaushalt 1966 wird — trotz aller zweckbestimmten Schwarzmalerei — ausgeglichen werden, wenn der Wähler am 19. September der CDU/CSU wieder den Regierungsauftrag gibt.

Keine Wahlgeschenke gemacht

Die SPD behauptet: Die Bundesregierung habe eine Fülle von Wahlgeschenken gemacht.

Hierzu ist zu sagen: Die SPD hat im Bundestag nahezu sämtliche bedeutsamen Gesetzen zugestimmt. Wenn sie der Auffassung ist, darunter seien Wahlgeschenke, dann muß sie sich selbst den gleichen Vorwurf machen. Will die SPD etwa die Steuersenkungen (im Bundestag einstimmig beschlossen) oder das 312-DM-Gesetz (mit großer Mehrheit bei drei Enthaltungen beschlossen), das EWG-Anpassungsgesetz für die Landwirtschaft (mit großer Mehrheit beschlossen), das Mutterschutzgesetz (einstimmig beschlossen) oder etwa den Arbeitnehmer-Freibetrag von DM 240,— (einstimmig beschlossen) usw. wieder rückgängig machen? Der Wähler hat einen Anspruch darauf, hierauf eine eindeutige Antwort zu bekommen.

Die SPD meint, sie vertrete eine bessere Politik. Hierauf kann nur erwidert werden, daß es die SPD in dieser Legislaturperiode sorgsam vermieden hat, in der Innenpolitik eine eigene Alternative anzubieten. Sie hat auf diesem Sektor dasselbe Schauspiel, wie schon zuvor in der Außenpolitik, geboten. Hieraus kann wohl nur der Schluß gezogen werden, daß die Maßnahmen der Bundesregierung so fundiert sind, daß sie im Grundsatz nicht angreifbar sind. Die Zustimmung

der SPD zu den meisten Gesetzen beweist das. Wenn sie heute anderer Meinung ist, dann hätte sie es rechtzeitig sagen müssen. Jedenfalls ist eine schwankende SPD-Haltung kein Beweis für eine falsche Regierungspolitik.

SPD will höhere Steuern

Die Finanzpolitik des Bundes ist besser als ihr Ruf. Durch eine bewußt an der Konjunktur und damit an der wirtschaftlichen Stabilität ausgerichteten Haushaltspolitik gelang es, das Wachstum der Bundeshaushalte von 9,4% im Jahr 1963 auf 6,5% im Jahre 1965 herunterzudrücken. Damit wurde das Ziel, unter dem nominellen Wachstum des Brutto- sozialprodukts zu bleiben, erreicht. Das ist ein bedeutsamer Erfolg. Mit dieser Politik und dank der Steuersenkungen zu Beginn dieses Jahres verminderte sich der Anteil der Bundesausgaben am Sozialprodukt von 14,6% (1963) auf 13,9% im Jahre 1965. Es kann nur als böswillig bezeichnet werden, wenn angesichts dieser Tatsachen die SPD von „Mißwirtschaft“, „Finanzanarchie“ und „Augenwischerei“ spricht.

Aussichten gleich null

CVP-Illusionisten wollen in den Bundestag

Zu den zwölf Splitterparteien, die sich an der Bundestagswahl vom 19. September beteiligen, zählt auch die sogenannte Christliche Volkspartei, die sich an der Saar auf die SVP/CVP-Mitglieder zu stützen versucht. Ihre Aussichten, in den Bundestag einziehen zu können, sind gleich null.

In dem selbst für Kenner des saarländischen Parteienlebens schwer durchschaubaren Wirrwarr vermag sich nur der in etwa zurechtzufinden, der um folgende Entwicklung weiß: Anlässlich der christlichen Einigung an der Saar im Frühjahr 1959 trat die große Mehrzahl der alten CVP-Mitglieder auf Empfehlung des seinerzeitigen Parteivorsitzenden und einstigen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann in die CDU Saar über. Eine kleine Restgruppe ging diesen Weg nicht mit und bildete unter dem Namen Saarländische Volkspartei (SVP) eine eigene Interessenvertretung. Diese Vereinigung fügte ihrem Namen später — nach verschiedenen Konferenzen mit den Relikten des Zentrums — noch die Firmierung CVP hinzu. Unter der Doppelbezeichnung SVP/CVP trat die Partei in diesem Frühjahr zum Landtagswahlkampf an, in dem sie von ihren bis dahin sechs Mandaten vier einbüßte. Der Parteivorsitzende, Rechtsanwalt Erwin Müller, und seine Stellvertreterin, Frau Dr. Maria Schweitzer, zogen als einzige wieder ins Saarparlament ein. Beide legten allerdings vor kurzem sämtliche Parteiämter nieder, nachdem zuvor der SVP/CVP-Parteivorstand mehrheitlich ein Zusammengehen mit der CDU abgelehnt hatte. Der bisherige zweite stellvertretende Landesvorsitzende, Kurt Wolf, wurde nach dem Rücktritt der beiden Führungspersönlichkeiten geschäftsführender Landesvorsitzender und nahm an Konferenzen in Köln teil, die mit der Gründung einer Christlichen Volkspartei (CVP) auf Bundesebene endeten. Wolf akzeptierte die Funktion eines Bundesorganisations-

Was tut dagegen die SPD? Die SPD will nach wie vor die Steuern erhöhen. Die SPD will — wie ihr Finanzminister in Niedersachsen ankündigte — mehr Kaufkraft aus privater Hand in die öffentliche Hand überführen. Die SPD will sich in ihrer Etat-Politik in den Ländern und Gemeinden nicht an die Zuwachsraten des Sozialprodukts halten. Die SPD verstößt überall, wo sie die Macht dazu hat, gegen die Grundsätze der Stabilität. Das Land Hessen und die hessischen Gemeinden gehören zu den meistverschuldeten der Bundesrepublik. Der großer Hessenplan sieht innerhalb der nächsten 10 Jahre eine weitere Verschuldung von über 12 Milliarden DM vor.

Nach einer Berechnung des Deutschen Industrie-Instituts werden die SPD-Sozialpläne rund 29 Milliarden DM kosten. Das seit Monaten von der SPD angekündigte Gesamt-Finanzierungsprogramm für alle übrigen Pläne liegt bis heute noch nicht vor. Es wird weitere Wunschvorstellungen in Milliardenhöhe enthalten. Aus den selbstverschuldeten Schwierigkeiten weiß jedoch die SPD einen Ausweg. Sie will die Hilfe des Bundes, dem sie im gleichen Atemzug eine Mißwirtschaft vorwirft. Wer wagt ernstlich, das SPD-Stabilitätspolitik zu werten?

leiters. Nach dem praktischen Ausscheiden Erwin Müllers wählte die SVP/CVP einen neuen Landesvorstand, an dessen Spitze nun Kurt Wolf steht. Zugleich wurde eine Satzungsänderung vorgenommen, die dahin geht, daß Angehörige der SVP/CVP auch Mitglieder der CVP-Bundespartei sein können.

Die bedeutungslose Splittergruppe wird am 19. September kläglich scheitern, denn sie fand außer dem kleinen Saarfählein und den verschwindend geringen Resten des Zentrums nur noch einige freie Wählergemeinschaften aus Württemberg-Baden, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Auf regionaler Ebene erfährt Kurt Wolf von dem Organ der Saar-SPD, der „Saarbrücker Allgemeinen Zeitung“, eine starke propagandistische Unterstützung. Dennoch werden die Aktien der CVP-Illusionisten nicht steigen. Der „Rheinische Merkur“ spricht von einem „Sommerschlußverkauf der CVP“ und ist der festen Überzeugung, daß die „saarländischen Eigenbrödler auf Bundesebene“ am 19. September unter Garantie ohne Mandat dastehen: „Die CVP wird der CDU einige Stimmen nehmen. Das sichert ihr das Wohlgefallen der SPD, vielleicht noch einiges mehr ...“ — Selbst die liberale „Süddeutsche Zeitung“ muß zugeben: „Es gilt als sicher, daß ein großer Teil derjenigen, die einer Verbrüderung mit der Christlich Demokratischen Union das Wort reden, der SVP jetzt den Rücken kehren und damit den schmalen Wählerstamm der Partei an der Saar weiter dezimieren werden ...“.

Saarbrücker SPD kniff

„Unwahrscheinlicher ‚Mut‘ vor heißen Eisen“

Wenig einsichtsvoll reagierte die Saarbrücker SPD auf eine Strafanzeige wegen Beamtennötigung gegen ihren Vorsitzenden. Durch einen Boykott hoffte sie, die Beschlußunfähigkeit des Stadtrates herbeizuführen.

Eine personalpolitische Entscheidung des Saarbrücker Beigeordneten Haßdenteufel hatte den SPD-Fraktionsvorsitzenden Nickle zu der Drohung veranlaßt, die SPD werde dem Beamten das Leben so schwer machen, daß er keine frohe Stunde mehr im Rathaus haben werde. Haßdenteufel reagierte mit Strafanzeige wegen Beamtennötigung (siehe „Union in Deutschland“, Nr. 27/65).

Zu der Stadtratssitzung, bei der der schockierende Vorfall behandelt werden sollte, erschien die SPD nicht. Ein Sprecher gab lediglich eine Solidaritätserklärung für Nickle ab und behauptete, die CDU habe Haßdenteufel gezwungen, Strafantrag gegen Nickle zu stellen. Dies habe Haßdenteufel gegenüber drei SPD-Vertretern erklärt. Diese schlecht erfundene Räuberpistole ertete allerdings nur Gelächter.

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ kommentierte die uneinsichtige Haltung der SPD mit den Worten: „Ihren unwahrscheinlichen ‚Mut‘ vor heißen Eisen bewies die SPD gestern erneut: die Stadtratsfraktion der Sozialdemokraten im Saarbrücker Rathaus hatte die Stirn, sich vor Tatsachen zu drücken und im Angesicht einer gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen Fraktionsvorsitzendem Nickle und Beigeordnetem Haßdenteufel wegen versuchter Beamtennötigung an dem Stellvertreter des Oberbürgermeisters, lieber das Feld zu räumen und an der gestrigen Stadtratssitzung nicht teilzunehmen. Offensichtlich wäre es dem

Fraktionsvorsitzenden nicht wohl in seiner Haut gewesen, nunmehr dem Beigeordneten vor aller Öffentlichkeit gegenüberzutreten zu müssen. Es mußte also die gesamte Fraktion die ‚Geschlossenheit‘ beweisen und durfte nicht bei schwerwiegenden Entscheidungen des

Fernsehen und Hörfunk

Zumindest leichtfertig

Die meisten unserer Leser werden in der „Panorama“-Sendung vom 28. Juni 1965 den Beitrag gesehen haben, der sich mit der umstrittenen Zeitschrift „Konkret“ beschäftigte. Wir haben uns an dieser Stelle bereits kritisch mit der Tatsache befaßt, daß eine Mitarbeiterin von „Panorama“ mit dem Chefredakteur der Zeitschrift verheiratet ist. Panorama-Chef Fest hat unsere Beanstandung böswillig und gedankenlos genannt (kann ein gedankenloser Vorwurf gleichzeitig böswillig sein?). Die beanstandete verwandtschaftliche Bindung entspreche durchaus den Gepflogenheiten redaktioneller Arbeit! Bei uns nicht, kann man dazu nur sagen. Aber das mag bei „Panorama“ anders sein. Inzwischen hat das in dem Beitrag angegriffene Bundesministerium des Innern in einem Schreiben an den Intendanten des NDR, Gerhard Schröder, gegen den „wahrheitswidrigen und tendenziösen Inhalt“ der Sendung protestiert. Es wird unsere Leser interessieren, auch die sachlichen Fehler des Beitrages kennenzulernen. Wir veröffentlichen daher den Brief aus dem Bundesinnenministerium im Wortlaut. Unsere Leser mögen sich dann selbst ein Urteil über die Arbeitsweise von „Panorama“ bilden.

Sehr geehrter Herr Intendant!

Die Panoramasendung vom 28. Juni über den Indizierungsantrag von „Konkret“ stellt unverhohlen die Behauptung auf, das Bundesministerium des Innern habe den Indizierungsantrag wegen der angeblichen unbecomenden politischen Haltung dieser Zeitschrift gestellt.

Ein Blick in die drei Hefte hätte Sie belehren müssen, daß deren Inhalt die Antragstellung geradezu erzwingt, wenn der gesetzlich fixierte Jugendschutz nicht zur Farce werden soll. Darüber hinaus ist es absurd, anzunehmen, das Bundesministerium des Innern versuche, die Bundesprüfstelle für politische Zwecke zu mißbrauchen. Sie unterstellen mit diesen Verdächtigungen den beteiligten Beamten Amtsmißbrauch, ohne daß deren bisherige Tätigkeit dazu auch nur den geringsten Anlaß geboten hätte. Ich kann es nur erstaunlich finden, mit welcher Leichtfertigkeit Sie, nur aufgrund von Vermutungen und Unterstellungen, Vorwürfe erheben, welche die Grundlagen unserer Rechtsstaatlichkeit in Frage stellen.

Ich habe Ihrem Mitarbeiter Scharlau bereits vor der Sendung telefonisch er-

klärt, daß Ihr Verdacht völlig unbegründet ist. Ich habe vor allem darauf hingewiesen, daß es mit den in der Bundesrepublik geltenden Grundsätzen — die u. a. vom Deutschen Presserat mit Nachdruck vertreten werden — unvereinbar ist, wenn in ein schwebendes Verfahren durch spektakuläre Verlautbarungen eingegriffen wird. Meine daran geknüppte Befürchtung hat sich als nur zu begründet erwiesen.

Die Schlußworte der Sendung mit ihrem Appell an die Mitglieder der Bundesprüfstelle können nur als Versuch einer Pressuren verstanden werden; er wiegt um so schwerer, als er von einer Rundfunkanstalt öffentlichen Rechts ausgeübt wird.

Die Frage, ob „Konkret“ eine politische Zeitschrift ist, kann sich lediglich nach ihrem heutigen Erscheinungsbild richten. Nach der vom Bundesministerium des Innern stets vertretenen Auffassung ist sie es in dem Zeitpunkt nicht mehr, in dem sie ihren Charakter völlig geändert hat und der jugendgefährdende Teil eindeutig den Inhalt beherrscht. Das Etikett einer Zeitschrift, die früher vorwiegend politischen Inhalt hatte, kann ihr selbstverständlich kein Privileg für alle Zeiten sichern.

Inzwischen hat die Bundesprüfstelle den Indizierungsantrag wegen Zeitablaufs abgelehnt. In den Entscheidungsgründen wird aber deutlich gesagt, wie bedenklich der Inhalt der Hefte auch von seiten der Prüfstelle angesehen wird. Wie ich höre, ist inzwischen von einem Land ein neuer Indizierungsantrag gestellt worden.

Ich habe bereits in meinen Briefen vom 23. Oktober 1964 und 9. Februar 1965 gegen die Art und Weise protestiert, in der Panorama über Angelegenheiten des Jugendschutzes berichtet und polemisiert. Sie haben damals die falschen Anschuldigungen zum Teil zurückgenommen oder haben sie damit erklärt, daß eine Magazinsendung nicht vollständig sein kann. Ich beanstande an der Sendung vom 28. Juni nicht den Mangel an Vollständigkeit, sondern den wahrheitswidrigen und tendenziösen Inhalt der ganzen Sendung. Ich verstehe nicht, warum Sie die Magazinsendungen des „Panorama“ Personen anvertrauen, deren Unvermögen zu objektiver Berichterstattung — jedenfalls auf dem Gebiet des Jugendschutzes — allmählich offenbar ist.

Ostkontakte werden fortgesetzt

Der Marburger Sozialdemokratische Hochschulbund will nach einer Erklärung seines Vorsitzenden Rolf Trommershäuser die aufgenommenen Kontakte zur Sowjetzone fortsetzen. Trommershäuser sagte kürzlich in Marburg, der Hochschulbund hoffe, damit einen positiven Beitrag zu einer Entspannungspolitik in Deutschland zu leisten. In einer ganzen Reihe von politischen Fragen könne Übereinstimmung erzielt werden, sofern die beiderseitige Bereitschaft bestehe, die Formen des kalten Krieges zu überwinden und gegenseitige sachliche Kritik zu akzeptieren.

Der Marburger Sozialdemokratische Hochschulbund war am vergangenen Wochenende Veranstalter eines dreitägigen politischen Seminars „20 Jahre deutsche Politik nach dem zweiten Weltkrieg“ an dem auch 3 Professoren der sowjetzonalen Karl-Marx-Universität in Leipzig teilnahmen.

ERP-Wirtschaftsplan 1966

Mit einem Ausgabevolumen von rd. 1 Mrd. DM bleibt der im Entwurf fertiggestellte ERP-Wirtschaftsplan 1966 etwas unter dem des laufenden Jahres. Genau wie der Bundeshaushaltsplan 1966 wird er erst von der neuen Bundesregierung verabschiedet und dem Gesetzgeber vorgelegt werden.

ohg

Perfektes Spitzelsystem

Wer nicht denunziert, muß mit Repressalien rechnen

Die SED-Machthaber in der Zone zwingen immer mehr Menschen, als „Grenzhelfer“ beim Aufspüren von Flüchtlingen mitzuwirken.

Die SED-Behörden verstärken nicht nur laufend die Befestigungen entlang der Zonengrenze und um West-Berlin, sondern sie bieten neben starken Einheiten der „Grenztruppen“ (NVA-Kommando-Grenze) auch noch die Bevölkerung innerhalb der Grenzzone zur „Sicherung der Staatsgrenze der DDR“ auf. Bis zum Ende des Jahres soll bei den entlang der 1329 km langen Zonengrenze stationierten Grenzregimentern, die Zahl der „Grenzhelfer“ verdoppelt werden. Sind bisher fast 2000 „Grenzhelfer“ für die Grenztruppen und den Staatssicherheitsdienst tätig, so sollen es bis Ende des Jahres 2500 sein. Bei der Werbung und Auswahl der „Grenzhelfer“ wenden sich die Politorgane der einzelnen Grenzregimenter vorwiegend an Jugendliche, vor allem diesmal auch an junge Mädchen. Als Vorbild für „Grenzhelferinnen“ feierte kürzlich die SED-Kreiszeitung in Salzwedel, „Volksstimme“, die Melkerin Anneliese Reichart aus dem fast unmittelbar an der Zonengrenze gelegenen Dorf Cheine.

„Die Genossin Reichart, Melkerin auf der LPG Cheine“, so schreibt das SED-Organ, „hat einen Grenzverletzer aufgespürt und festnehmen lassen, der ein gefährlicher Agent war. Kollegin Reichart ergriff ohne Zögern Partei für ihren Staat und ließ sich trotz Erpressungen und Drohungen von dem Banditen nicht einschüchtern. Anneliese Reichart ist ein Vorbild für alle Grenzhelfer.“ In allen Orten ent-

lang der Zonengrenze werden nun mit ähnlichen Parolen die Einwohner aufgefordert, als „Grenzhelfer“ die Grenztruppen zu unterstützen.

Offiziell heißt es zwar „freiwillige Grenzhelfer“, aber in Wirklichkeit wird die Bevölkerung unter Druck gesetzt, als Hilfsorgan der Grenztruppe Menschen zu bespitzeln, anzuzeigen und festzunehmen. Das geht auch eindeutig aus der vom sowjetzonalen Ministerrat am 19. März 1964 erlassenen Verordnung zum Schutz der Staatsgrenze der „DDR“ hervor.

Die Aufgaben der „Grenzhelfer“ sind keineswegs mit denen der Hilfspolizisten westlicher Länder zu vergleichen. So haben die „Grenzhelfer“ nicht nur das Recht, Ausweiskontrollen durchzuführen,

sondern alle „verdächtigen Personen“ zu melden bzw. festzunehmen.

Die Masse der in der Grenzzone lebenden Menschen hat es bisher verstanden, sich dem Dienst als Hilfsorgan der Grenztruppen zu entziehen. Viele stehen in echter Gewissensnot. Wer den Dienst als „Grenzhelfer“ ablehnt, hat mit Repressalien zu rechnen. Sie reichen von Schwierigkeiten am Arbeitsplatz über die Benachteiligung der Kinder bei der Berufsauswahl bis zur Brandmarkung als „Provokateur“ und der damit verbundenen Zwangsumsiedlung. Wer den Aufrufen und Befehlen der SED nachkommt, dem winken Geldprämien, Auszeichnungen und das Anrecht auf eine Neubauwohnung.

Bisher fanden sich nur wenige „Grenzhelfer“, die Flüchtlinge verhafteten oder denunzierten. Deshalb werden die „Grenzhelfer“ jetzt stets gruppenweise, oft unter Kontrolle eines Offiziers des NVA-Kommandos Grenze eingesetzt.

Seit einigen Wochen dürfen auch nur noch ausgewählte „Grenzhelfer“ innerhalb des 500-m-Streifens an der Grenze arbeiten.

Sportstätten verdoppeln

Neues Bauprogramm der baden-württembergischen Landesregierung

Die baden-württembergische Landesregierung will in den nächsten 20 Jahren die Zahl der Sportstätten nahezu verdoppeln. Ein entsprechendes Programm ist dem Landtag vorgelegt worden.

Die baden-württembergische Landesregierung, die schon in den letzten Jahren den Bau von Sportstätten vorbildlich gefördert hat, wird in der nächsten Zukunft ihre Maßnahmen noch weiter verstärken, um den Bedarf an Sportstätten

jeder Art in allen Gemeinden zu befriedigen. Insgesamt sollen dafür in den nächsten 20 Jahren jährlich 41 Millionen DM ausgegeben werden. Damit sollen Turnhallen, Freibäder, Schwimmhallen und Sportplätze gebaut werden.

Nach einer Übersicht des Kultusministeriums werden in Baden-Württemberg z. B. 1250 überdachte Schwimmanlagen benötigt. Vorhanden sind dagegen erst 321 entsprechende Anlagen. Der Bedarf an Freibädern wird vom Ministerium auf 1410 geschätzt, vorhanden sind nur 558 Bäder.

Ein ähnlicher Nachholbedarf besteht auch für Sportplätze. Bei den Kleinspielfeldern fehlen noch 43 Prozent, bei den Sportplätzen und bei den sonstigen leichtathletischen Anlagen fehlen noch rund 40 Prozent.

Ziel des Förderungsprogramms ist es u. a., daß jeder Kreis mindestens über eine Spielhalle und eine Kleinschwimmhalle oder ein Hallenbad verfügt. Außerdem sollen die 5000 Schulen des Landes für den Sportunterricht mit einer überdachten Sportstätte ausgestattet werden.

Die Landesregierung wird auch weiterhin an dem Grundsatz festhalten, daß die Gemeinden das Gelände für die Sportplätze zur Verfügung stellen und auch für die Unterhaltung aufkommen müssen.

Weitere Elektrifizierung

Während es im Jahre 1949 nur rund 1600 km elektrifizierte Strecken im Bundesgebiet gab, waren es Ende 1964 rund 5600 km. Für Ende 1965 wird sogar mit einem elektrifizierten Streckennetz von rund 6400 km gerechnet. Da jeder elektrifizierte km durchschnittlich 1 Million DM erfordert, bedeutet diese Ausweitung um insgesamt 4800 km Investitionen von 4,8 Milliarden DM.

Verantwortlich: Bromme (SPD)

Schwere Vorwürfe der CDU gegen die Lübecker Stadtwerke

Gegen die Lübecker Stadtwerke sind im Zusammenhang mit der Umstellung der Gasversorgung von der CDU/FDP-Bürgerschaftsfraktion schwere Vorwürfe erhoben worden. Politisch verantwortlich für die Stadtwerke ist der ehrenamtliche Senator und Landtagsabgeordnete Paul Bromme (SPD).

Am 25. März hatte die Bürgerschaft die Umstellung der Gasversorgung in vier Stadtteilen und elf Industriebetrieben von Kokereigas auf Reichgas beschlossen. Dabei handelt es sich um ein auf höheren Heizwert angereichertes Gas, das mit dem Erdgas vergleichbar ist.

Den Auftakt der Aktion bildete eine Erfassung und Überprüfung aller Gasgeräte auf ihre weitere Brauchbarkeit. Wie dazu in einer Sondersitzung des Stadtwerke-Ausschusses am 2. Juli festgestellt wurde, war die von den Stadtwerken in Verbindung mit einem Unternehmen vorgenommene Geräte-Erfassung nicht ordnungsgemäß abgeschlossen, da die Betroffenen keinerlei Mitteilung über die weitere Verwendbarkeit ihrer Gasgeräte erhielten.

Dennoch begann trotz starker Bedenken des örtlichen Handels eine auswärtige Firma mit der Werbung für den Verkauf neuer Gasgeräte, die teilweise bis zu 23 Prozent teurer verkauft wurden als von heimischen Firmen. Bei einer späteren Überprüfung stellte sich heraus, daß bei mindestens 75 Prozent der Verkäufe nicht einwandfrei gearbeitet wurde. Die

auswärtige Firma wurde zwar ausgeschaltet, die Stadtwerke übernahmen bis zu 10 Prozent der an diese Firmen geleisteten Provisionen. Trotzdem wurde festgestellt, daß die auswärtige Firma weiterarbeitet.

Im Zusammenhang mit dem Skandal, der sich über Lübecks Stadtwerken zusammenbraut, stellte die CDU/CSU-Fraktion drei neue Fragen, auf deren Antwort die Öffentlichkeit gespannt wartet:

● Warum wurden keine im Austausch zurückgenommenen Geräte, die noch brauchbar waren, finanziell schwächeren Abnehmern zur Verfügung gestellt, wie das in einer Ausschuß-Sitzung der Stadtwerke im Februar geplant worden war?

● Welche finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus dieser verfehlten Aktion für die Stadtwerke?

● Warum haben sich die Stadtwerke nicht nach der Sondersitzung vom 2. 7. 65 eindeutig von der Fortsetzung der Verkaufsaktion distanzieren, wie das vom Ausschuß in dieser Sitzung allgemein gewünscht wurde?

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Duffhues zur Vertriebenen-Charta

Der Geschäftsführende CDU-Vorsitzende Josef Hermann Duffhues hat in einem Grußtelegramm anlässlich der Gedenkstunde zur 15. Wiederkehr der Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ in Stuttgart-Bad Cannstatt betont, daß die CDU diese Grundsätze von Anfang an aus voller Überzeugung unterstützt hat und dies auch weiterhin tun wird. Durch den Verzicht auf Gewalt hätten die Vertriebenen „einen wesentlichen Beitrag zu einer künftigen gesamt-europäischen Friedensordnung geleistet“. Die Hauptansprache in der Gedenkstunde, die unter organisatorischen Unzulänglichkeiten litt, hielt Bundespräsident Dr. Lübke.

Hackenberg kritisiert Hessen

Als völlig unbefriedigend hat der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Richard Hackenberg den vom Landeskultusministerium auf Drängen der CDU vorgelegten Erfahrungsbericht über die Ostkunde an den Schulen und bei der Lehrerausbildung bezeichnet. „Man muß vor allem den Hinweis, daß die Studierenden an der Hochschule für Erziehung in Frankfurt für die ostkundliche Bildung die Vorlesungen von Prof. Carlo Schmid besuchen sollten, als eine Geringschätzung der Rechte der Heimatvertriebenen empfinden“, erklärte Hackenberg. Schmid umstrittene Haltung in der Frage der deutschen Ostgebiete sei seit langem bekannt.

Totz Verzichtserklärung zum SPD Spitzenkandidaten

In Vertriebenenkreisen ist es mit Befremden aufgenommen worden, daß die niedersächsische SPD den Bundestagsabgeordneten Egon Franke (Hannover) zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl bestimmt hat. Franke hatte sich Anfang des Jahres zu Fragen der deutschen Ostgebiete geäußert und dabei praktisch den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete gefordert. „Franke ist kein Einzelfall“, erklärte dazu ein Sprecher des CDU/CSU-Landesverbandes Oder-Neiße und erinnerte daran, daß auch Dr. Claus Peter Schulz, bisher Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, für die SPD in den Bundestag einziehen wird. Auch Schulz hatte sich mehrfach für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ausgesprochen. Franke und Schulz sind nach Auffassung des CDU/CSU-Landesverbandes Oder-Neiße bezeichnende Beispiele für die Unglaubwürdigkeit der SPD in heimatpolitischen Fragen. Auf der einen Seite vertrete sie offiziell den deutschen Rechtsstandpunkt, auf der anderen Seite belohne sie Mitglieder, die sich offen dagegen wenden, mit Abgeordnetenmandaten.

19. Novelle angekündigt

CDU-Vorsitzender Adenauer verspricht Verbesserung der Entschädigung

Nach den nächsten Bundestagswahlen wird sich die CDU dafür einsetzen, daß in einer 19. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz die Vertriebenen und Flüchtlinge eine angemessene Verbesserung der Entschädigungsleistungen erhalten werden, erklärte der Vorsitzende der CDU, Dr. Adenauer, am 30. Juli zu den Auseinandersetzungen um die gekürzte 18. Novelle.

„Die Abstimmung im Bundesrat hat den Beweis erbracht“, so heißt es in der Erklärung Dr. Adenauers, „daß die CDU die Vergünstigungen der 18. Novelle in ihrer jetzigen Fassung gerettet hat. Durch dieses realistische Verhalten hat die CDU den Unterhaltshilfempfängern und den ehemals Selbständigen die fristgerechte Verbesserung ihrer Bezüge gesichert.“

In Übereinstimmung mit der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden, Dr. Rainer Barzel, versichere ich, daß für die CDU die jetzige Regelung durch die 18. Novelle unbefriedigend ist. Die CDU-Fraktion hat sich im Interesse der Geschädigten mit dieser Teillösung abfinden müssen, die z. Z. in Folge der Haltung der Länder die einzige Möglichkeit ist. Ich versichere, daß ich der 19. Novelle in der parlamentarischen Arbeit der neuen Legislaturperiode eine hohe Dringlichkeit zuerkenne und dafür sorgen werde, daß den Vertriebenen und Flüchtlingen eine angemessene Verbesserung der Entschädigung zukommen wird. Gerade der Entschädigungsgedanke ist von der CDU seit jeher vertreten worden, während er vom

Sprecher der SPD im Bundesrat in Frage gestellt worden ist.“

Seit 1949 hat die CDU zum Teil gegen den Widerstand der Sozialdemokraten die Lastenausgleichsgesetzgebung zur größten sozialen Tat der Nachkriegszeit gestaltet. Eine neue CDU/CSU-Bundesregierung ist der sicherste Garant dafür, daß auch in Zukunft die Vertriebenen, Flüchtlinge und andere Kriegsgeschädigte eine optimale Entschädigung erhalten werden.

Deshalb muß es als unverständlich bezeichnet werden, daß der Bund der Vertriebenen verbindliche Zusicherungen über die weitere Ausgestaltung des Lastenausgleichs von den Parteien erfordert hat. Eine derartige ultimative Ermahnung war, soweit es die CDU/CSU betrifft, völlig überflüssig. Zwei Tage vor dieser spektakulären Forderung hatte die Adenauer-Erklärung bereits vorgelegen. Auch im fünften Bundestag wird die Union weiterhin zum Wohle der Vertriebenen wirken, sozialpolitisch und auch in der Auseinandersetzung um das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht.

Hoffnung auf Freiheit

Stingl auf der Bundestagung der Ackermann-Gemeinde

Vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den kommunistischen Regierungen der osteuropäischen Länder hat der Vorsitzende des CDU/CSU-Landesverbandes Oder-Neiße, der Berliner Bundestagabgeordnete Josef Stingl, eindringlich gewarnt. Auf der 13. Bundestagung der sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde in Regensburg erklärte Stingl, dadurch werde das Alleinvertretungsrecht der Bundesregierung gefährdet.

Bei einem Podiumsgespräch warnte Stingl auch vor Ungeduld in der deutschen Frage. „Darauf spekulieren die Kommunisten“, meinte Stingl und verwies darauf, daß durch den von der SPD praktizierten „Wandel durch Annäherung“ kein Wandel bei den Kommunisten erreicht worden sei. „Die Schüsse an der Mauer sind geblieben“, betonte der Vorsitzende.

Auf der Tagung wurde nach Wegen gesucht, wie die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen verbessert werden können. Im Mittelpunkt stand dabei der Wille, den europäischen Völkern jenseits des Eisernen Vorhangs die Hoffnung auf Freiheit zu geben. Das kann nach dem Vorschlag Stingls u. a. dadurch erreicht werden, daß die Bewohner der Bundesrepublik den Tschechen ein positives Bild des neuen demokratischen Deutschland nahebringen.

Der Bundesvorsitzende der Ackermann-Gemeinde, der bayerische Arbeitsminister Hans Schütz, nannte es eine Täuschung, wenn immer wieder behauptet werde, das Vertriebenenproblem sei mit der Eingliederung der Menschen aus Ostdeutschland abgeschlossen.

Der CDU-Vorsitzende Dr. Konrad Adenauer, der Geschäftsführende CDU-Vorsitzende Josef Hermann Duffhues und Bundesvertriebenenminister Ernst Lemmer hatten in Grußtelegrammen ihre Verbundenheit mit der sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde bekundet. „Die in Ihrer Gemeinschaft zusammengeschlossenen sudetendeutschen Katholiken haben seit nunmehr 19 Jahren ein Beispiel landmannschaftlicher Verbundenheit und Selbsthilfe gegeben und von Anfang an mit großer Überzeugungskraft das Recht auf ihre Heimat in der Verantwortung vor Gott gefordert“, schrieb der frühere Bundeskanzler Dr. Adenauer.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung Anton G. Grütznert, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Auf Schwerpunkte konzentriert

Niedersachsens Landwirtschaftsminister läßt Etat überprüfen

Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Hasselmann (CDU) hat es als sein politisches Ziel bezeichnet, überall dort helfend einzuspringen, wo es der Landwirtschaft nicht aus eigener Initiative möglich ist, sich den Marktgegebenheiten anzupassen, die sich aus der EWG ergeben.

Der Minister will künftig seine Arbeit auf notwendige Schwerpunkte konzentrieren. Um dieses Ziel zu erreichen, hat er bereits eine Überprüfung des Etats seines Ministeriums angeordnet, wie er in Hannover erklärte. Gegenwärtig würden die zur Verfügung stehenden Mittel für eine Vielzahl von Kleinigkeiten ausgegeben.

Über seine weiteren Pläne sagte der Minister, er wolle im Einvernehmen mit der Landwirtschaft und dem Handel Versuche fördern, die der besseren Anpassung an den Markt dienen. Auch im Bereich der Landwirtschaftskammer Weser-Ems sollen jetzt Maschinenringe eingerichtet werden.

Zur Frage der Milchsubventionierung erklärte Hasselmann, es werde bei der jetzigen Regelung von 1,7 Pfennig pro Liter bleiben. Ein voller zweiter Milchpfennig könne deshalb nicht gegeben werden, weil er den Richtlinien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft widersprechen würde.

Abschließend nahm der Minister auch zur Domänen-Politik Stellung. Bei jedem

auslaufenden Domänen-Pachtvertrag soll nach Auffassung Hasselmanns geprüft werden, ob es notwendig sei, das verfügbare Land dazu zu benutzen, kleinere Betriebe aufzustocken. Dazu solle vielmehr der landwirtschaftliche Streubesitz des Landes verwendet werden.

Die Erhaltung der landeseigenen Domänen, die nicht zur Vergrößerung landwirtschaftlicher Betriebe benötigt werden, sei schon deshalb notwendig, weil sich die Frage nach der notwendigen Betriebsgröße von morgen noch nicht endgültig beantwortet werden könne.

CDU verlangt Sondersitzung

SPD will Ausbau eines katholischen Krankenhauses torpedieren

„Torpediert die SPD den Ausbau des St. Josef-Stiftes?“, diese Frage stellte am 27. Juli die „Oldenburgische Volkszeitung“ in einem Artikel, in dem sie sich ausführlich mit dem geplanten Ausbau eines katholischen Krankenhauses in Delmenhorst (Wesermarsch) befaßte.

Das Krankenhaus hatte sich vor einiger Zeit mit der Bitte an die Stadt gewendet, für geplante Verbesserungen einen einmaligen Zuschuß in Höhe von 450 000 DM zu gewähren. Weitere 165 000 DM wollte das St. Josef-Stift aus eigenen Mitteln beisteuern.

Für diesen Antrag setzte sich insbesondere die CDU-Stadtratsfraktion ein, deren Sprecher Otto Jenzok, MdL, dabei betonte, daß die Stadt bei der Erfüllung dieser Bitte ein gutes Geschäft machen würde. Einmal habe das katholische Krankenhaus keine laufenden Zuschüsse notwendig, zum anderen habe das St.

Die von Herbert Wehner, dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, ausgegebenen Richtlinien für die Vereinsarbeit treiben manchmal recht seltsame Blüten. So entsann sich beispielsweise der SPD-Ortsverein in der Gemeinde Loverich (Selfkantkreis) des Wehnerschen Geheimrezepts und gründete einen „Invalidenverein mit Frauengruppe“. Damit auch noch rechtzeitig vor der Bundestagswahl die Vereinsmitglieder darüber informiert werden können, welche Partei sie wählen sollen, ist für den 7. September ein Ausflug in die Eifel angesetzt. Aus Loverich wird uns mitgeteilt, daß man zwar den katholischen Ortspfarrer zum Ehrenvorsitzenden ernannt habe, daß aber auf der anderen Seite das katholische Jugendheim als Versammlungsort nicht mehr benutzt wird, „weil der Schwarze immer dabei ist“.

Josef-Stift der Stadt bereits Millionenbeträge erspart. „Hätte es dieses Krankenhaus nicht gegeben, so hätte die Stadt ihre eigenen Krankenanstalten um rund 50 Prozent vergrößern müssen“, erklärte Jenzok.

Im Verwaltungsausschuß kam es nun zu Auseinandersetzungen zwischen CDU und SPD. Während die CDU die Bitte des Krankenhauses erfüllen wollte, sperrte sich die SPD mit fadenscheinigen Argumenten dagegen und wollte lediglich eine Zinsbeihilfe gewähren. Sie setzte ihre Auffassung auch durch, da sie in Delmenhorst über die absolute Mehrheit verfügt. Inzwischen ist jedoch durchgesickert, daß in der vorangegangenen Fraktionsabstimmung in der SPD auch Stimmen für den Antrag abgegeben worden waren.

Um eine wirklich soziale und demokratische Entscheidung zu ermöglichen, hat die CDU-Fraktion die Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates und die Aufhebung des Fraktionszwanges bei der SPD gefordert. Nur dadurch kann nach Auffassung der CDU „eine sich anbahnende Fehlentscheidung zum Nachteil der Delmenhorster Krankenversorgung“ verhindert werden.

Auf diesen Vorschlag reagierte der als besonders radikal bekannte Vorsitzende der SPD-Fraktion und Gewerkschaftssekretär Werner Arend, MdL, allergisch. Für die SPD lehnte er eine Sondersitzung rundheraus ab. Woher er den Mut hat zu der Behauptung, schon die Gewährung einer Zinsbeihilfe sei aus der Sicht kommunalpolitischer Verantwortung fragwürdig, das mag er mit sich selber abmachen. Sicher ist eines, daß hier wieder einmal ein klassisches Beispiel dafür geliefert wurde, wie die SPD konfessionelle Einrichtungen benachteiligt.

CDU gibt Beispiel

Ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Situation körperlich und geistig behinderter Kinder hat die CDU-Fraktion des Landtags von Rheinland-Pfalz gefordert. Dem Sofortprogramm soll später ein langfristiges Programm folgen, in das medizinische, pädagogische und organisatorische Maßnahmen eingebaut werden. Rheinland-Pfalz soll nach dem Willen der CDU beispielhaft für andere Bundesländer in diesen Fragen vorgehen.

Die Lohntüten erleichtert

Wahlkampfspenden ohne Einverständnis

Über eine merkwürdige Art der Wahlfinanzierung berichtet die CSU. In Pegnitz hatte ein der SPD angehörender Arbeitgeber seinen Arbeitern Wahlkampfspenden abgezogen, ohne sie zu fragen.

Am 9. 7. 1965 stellten Arbeiter auf einer Autobahnbaustelle bei Pegnitz verwundert fest, daß sie statt des vollen Lohns in ihrer Tüte weniger Geld und statt dessen eine Quittung mit dem hässlichen Aufdruck „voran SPD 1965“ vorfanden. Der fehlende Betrag, zwischen DM 1,— und DM 10,— war ohne Einverständnis der Arbeiter abgezogen worden.

Dieser Tatbestand wurde von der SPD als „aus der Luft gegriffen“ bezeichnet und mit „kein Wort wahr“ abgetan. Vielleicht macht sich die SPD die Mühe, ihren Genossen Kreisvorsitzenden, Ing. Grassl, Roding, um Auskunft zu bitten, weshalb er sich im Augenblick veranlaßt fühlte, gegen Rückgabe der SPD-Quittungen das

einbehaltene Geld an die rechtmäßigen Besitzer auszuhändigen.

Statt die CSU der Lüge zu bezichtigen, sollte die SPD eher darauf bedacht sein, ihre Funktionäre davon abzuhalten, etwas zu tun, was in vornehmer Zurückhaltung nur als unrechtmäßige Bereicherung bezeichnet werden kann.

Mit diesen Praktiken in der Wahlfinanzierung, die ohne Zweifel keine Einzelaktion darstellen und von SPD-Betriebsgruppen und Betriebsräten unterstützt sein dürften, übt die SPD einen nachhaltigen Zwang auf die Arbeitnehmer aus. Wie das mit der Tradition einer alten Arbeiterpartei zu vereinbaren ist, bleibt das wohlgehütete Geheimnis der SPD.